Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
BOB	S0247/17	18.09.2017

zum/zur

F0164/17 – SR Gedlich, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Bezeichnung

Neue Neustadt

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	26.09.2017

Zu der in der Sitzung des Stadtrates am 17.08.2017 gestellter Anfrage „Neue Neustadt“ nimmt die Stadtverwaltung wie folgt Stellung:

1. Wie sieht das Handlungskonzept der neu gebildeten Arbeitsgruppe aus und welche Ziele werden neben dem ordnungsrechtlichen Aspekten (wie z.B. weniger Lärm, Müll und Kriminalität) mit der Arbeitsgruppe perspektivisch verfolgt?

Zentrale Handlungsgrundsätze werden derzeit in einer vom Oberbürgermeister gebildeten Arbeitsgruppe entwickelt und diskutiert. Das Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit als Mitglied dieser Arbeitsgruppe arbeitet neben den primär ordnungsrechtlichen Ansätzen der Arbeitsgruppe darauf hin, dass Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt zielgerichtet in dem Quartier um den Moritzplatz eingesetzt werden. Dies soll in erster Linie dazu beitragen, die Situation in der Nachbarschaft so weit wie möglich zu entspannen und die Schulen im Einzugsbereich zu entlasten, die auch aufgrund des Zuzugs kinderstarker rumänischer Familien mit inzwischen ca. 40 % (Sekundarschule Thomas Müntzer“) bzw. 60 % (Grundschule am Umfassungsweg“) an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund vor erheblichen Herausforderungen stehen.

2. Ist vorgesehen, Ausschüsse und Gremien des Stadtrates (wie z.B. KRB-Ausschuss und/oder den Beirat für Integration) mit in die Arbeit vor Ort und/oder die Arbeitsgruppe einzubeziehen bzw. über die Ergebnisse und Vorhaben gegenüber dem Stadtrat und seinen Ausschüssen regelmäßig Bericht zu erstatten?

Der Beirat für Integration und Migration berät den Stadtrat und seine Ausschüsse sowie die Verwaltung im Rahmen der Planung und Umsetzung von integrationsrelevanten Prozessen und Aufgaben. Einzelne Mitglieder des Beirates sind im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit in Soziokulturellen Bildungseinrichtungen in die Netzwerkarbeit vor Ort bereits eingebunden. Diese Akteure aus dem Beirat könnten die Einrichtung des avisierten runden Tisches (Sitzung GWA Neue Neustadt am 31.08.2017) als Gesprächsplattform für den Dialog zwischen gesprächsbereiten rumänischen und deutschen Anwohnern unterstützen. Zur Umsetzung seiner Aufgaben ist der Beirat für Integration und Migration verpflichtet, mit sozialen Initiativen zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen.

3. Wie wird das Netzwerk der „Akteure vor Ort“, bestehend aus Vertreter*innen des Quartiers- und Geschäftsstraßenmanagements sowie dem Projekt „Pro Chance“ (Stärkung insbesondere von Jugendlichen mit Roma-Hintergrund) und weiteren Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen in die Abstimmungen und Vorhaben der Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung mit einbezogen bzw. wie erfolgt die Zusammenarbeit der AG mit diesen Akteuren vor Ort, die sich bereits von Beginn der Konflikte um diesen Stadtteil und deren Bewohner*innen bemüht und gute Kontakte zu den Rumän*innen aufgebaut haben?

Das Dezernat V steht aufgrund aktueller Projektvorhaben (siehe unten), aber auch aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Willkommensbündnis Neustadt, in dem u.a. das Stadtteilmanagement, das Geschäftsstraßenmanagement und das Projekt PROCHANCE vertreten sind, in regelmäßigen Austausch mit den Akteuren im Stadtteil.

4. Gibt es Aktivitäten seitens der Stadt, um beim Land Fördergelder für die zusätzliche Arbeit und ausgewählte Integrationsprojekte in diesem Stadtteil zu bekommen? Wenn ja, gibt es bereits Zusagen dazu vom Land und wenn ja, wie sehen diese konkret aus? Gibt es evtl. bereits Aussagen zu mehr Lehrpersonal für die Schulen in diesem Stadtgebiet mit einem hohen Anteil von Schüler*innen mit Migrationshinter-grund?

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt befürwortet ausdrücklich eine Förderung von Projekten in diesem Stadtteil und unterstützt den Prozess entsprechend. Breits im Vergangen Jahr konnte in einer Kooperation zwischen dem Projekt PROCHANCE und AWO SPI und der Grundschule „Am Umfassungsweg“ sukzessive ein Zugang zur Community aufgebaut werden. Dies geschieht konkret durch die Etablierung eines Müttercafés unter Zuhilfenahme einer ehrenamtlichen Sprachmittlerin, die einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, das Vertrauen zu Eltern von Grundschulkindern aufzubauen und eine Ansprache überhaupt zu ermöglichen. Die Förderung des Projekts PROCHANCE durch die Aktion Mensch läuft Ende des Jahres aus. Deshalb fand im Juli unter Beteiligung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt ein Erfahrungsaustausch zwischen einem auf Zuwanderer aus Südosteuropa spezialisierten Projekt aus Halle und dem Magdeburger SPI-Projekt mit dem Ziel statt, sinnvolle Ansätze spezifisch für den Magdeburger Kontext zu entwickeln und eine Förderung vorzubereiten.
Kurze Zeit danach wurde durch die Grundschule „Am Umfassungsweg“ und den Hortträger Stiftung evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg ein Projektentwurf zu Integration durch „Vorschule“ und „Elternkurse“ eingereicht und im August unter Beteiligung der Amtsleiterin 51 und dem Leiter der Stabsstelle V/02 diskutiert. Im Ergebnis dieser Abstimmung soll mithilfe einer Förderung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt nunmehr eine Kombination aus zwei sich ergänzenden Projekten an sozialen Problematiken ansetzen:
Außerdem beabsichtigt der Hortträger der Stiftung evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg noch im Herbst 2017 mit einem Projekt zur vorschulischen Bildung und Elternarbeit zu beginnen. Auf diese Weise sollen Kinder, die vor Schulbeginn keine Tageseinrichtung besuchen und somit weder die deutsche Sprache beherrschen noch einen strukturierten Tagesablauf kennenlernen konnten, an den Besuch der Schule herangeführt werden. Ergänzend dazu sollen die auf diese Weise entstehenden Zugänge zu den Eltern genutzt werden, um auch diese mit Bildungsangeboten zum Spracherwerb und zur eigenständigen Alltagsbewältigung zu erreichen und damit nicht zuletzt den Schulerfolg der Kinder abzusichern. Dieses Projekt soll zunächst bis Ende 2018 fortgeführt werden. Zielgruppe sind nicht nur rumänische Familien mit Migrationshintergrund, sondern auch Kinder anderer Nationalitäten, die in der Grundschule vertreten sind und nicht die Möglichkeit haben, vor der Einschulung eine Tageseinrichtung zu besuchen. Auf die Schulentwicklung und Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal hat die Landeshauptstadt Magdeburg als Kommune keinen Einfluss und kann lediglich mit Maßnahmen im sozialräumlichen Umfeld von Schulen unterstützen.
Beim Landesverwaltungsamt sollen Mittel für ein Projekt im Hinblick auf Gewaltprävention im Umfeld der Schulen des Sozialraumes Neue Neustadt beantragt werden. Hierbei werden die Ressourcen und Möglichkeiten der vorhandenen Schulsozialarbeiter*innen, der Streetworker, der Kinder- und Jugendhäuser und Jugendwerkstätten, welche im Rahmen der Infrastrukturplanung gem. §§ 11-14 SGB VIII gefördert werden, einbezogen. Darüber hinaus wird der Regionalfonds aus dem ESF – Programm “Schulerfolg sichern“ durch die Schulsozialarbeiter*innen der Schulen genutzt, um gezielt Integrationsprojekte, u.a. mit Angeboten zur Förderung von Begegnung, Verständnis und Kommunikation, umzusetzen.
Perspektivisch geht es insbesondere auch darum, die o.g. Ressourcen zu erhalten (insbesondere vor dem Hintergrund des Auslaufens des EFS-Förderprogramms für Schulsozialarbeit) und die Vernetzungsstrukturen weiter auszubauen. Die Einrichtungen „KJH

Knast“, „KJH Rolle 23“, KJH „Don Bosco“ und „KJH Bauarbeiter“ leisten bereits eine ganz wesentliche Arbeit mit der Zielgruppe der rumänischen Kinder und Jugendlichen. In einem weiteren Ansatz beantragt auch die AWO SPI für diese Jahr Fördermittel zur Durchführung von übersetzten Informationsveranstaltungen für Menschen mit Migrationshintergrund darunter zum großen Teil Rumänen. Darin solle sich nach Möglichkeit u.a. Vertreter*innen des Ordnungsamtes, des Jobcenters, der Servicestelle interkulturelles Lernen in Kita und Schule, Krankenkassen oder Stadtteilakteure zu verschiedenen relevanten Themen(z.B. Bildungssystem und Schulpflicht, Themen zu Gesundheit, Impfschutz, Müllentsorgung, in Akzeptanz miteinander wohnen und leben, Arbeit und Jobcenter u. Ä) an die Zielgruppe wenden und dieser damit auch Regeln des Zusammenlebens im Kiez näherbringen. Auch übersetzte Aufklärungsmaterialien sowie Piktogramme, die von Wohnungsbaugesellschaften schon länger verwendet werden, sollen dabei zum Einsatz kommen. Dieser teil des Projekts soll mit Beginn des Jahres 2018 ergänzt werden durch die beiden Schwerpunkte der Vermittlung zwischen neuen und alteingesessenen Bewohner*innen des Stadtteils sowie der z.T. aufsuchenden Beratung, um schwer erreichbare Personen einzubinden. Insgesamt soll das Projekt ab 2018 also auf drei Säulen stehen: Erstens Schulungs- und Bildungsangebote, zweitens Beratungs- und Unterstützungsangebote und drittens Begegnung und gemeinsame Aktivitäten. Der Ansatz der AWO SPI zielt mit der Weiterentwicklung des PROCHANCE-Projekts nicht mehr nur auf Kinder und Jugendliche, sondern auch auf Erwachsene verschiedener Nationalitäten im Stadtteil. Sowohl im Vorhaben der Grundschule als auch im Projekt der AWO SPI soll die bereits sehr gut integrierte, bisher ehrenamtliche Sprachmittlerin über Honorare bis hin zur festen Stundenteilen weiterhin eingebunden werden. Für das Jahr 2018 ist voraussichtlich eine Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg am geforderten Eigen- bzw. Drittmittelanteil der Projektkosten jeweils i.H.v. mindestens 15 % erforderlich.
Auch das Förderprogramm „Die Soziale Stadt“ ermöglicht die Beantragung von Fördermitteln für Integrationsprojekte, sofern das Projekt 2/3 eine bauliche/investive Aufwertung der Förderkulisse beinhaltet und zu 1/3 die sozialen (nicht investiven) Inhalte berücksichtigt werden. Die nächste Antragstellung ist zum Stichtag 31.01.2018, für das Programmjahr 2019, möglich. Die Bewilligung des Landes wird frühestens im Herbst 2019 vorliegen, mit einer Mittelbereitstellung ab dem Haushaltsjahr 2020.

5. Welche Aktivitäten wurden und werden vom Oberbürgermeister ausgelöst, um die Sprachbarrieren zwischen den Anwohner*innen in der Neuen Neustadt zu überwinden. Ist seitens der Stadt angedacht, kostenlose Deutschkurse für die Rumänen*innen anzubieten, obwohl das Gesetz für die Rumänen als EU-Bürger*innen bisher kein Anrecht auf kostenfreie Sprachkurse vorsieht?

Zusätzlich zu Aktivitäten zum Abbau von Sprachbarrieren im Rahmen der genannten Projektvorhaben wird durch die AWO SPI die Nutzung einer neuen Landesrichtlinie zur Umsetzung niedrigschwelliger Sprachkurse beantragt, die prinzipiell auch für die Zielgruppe der Rumänen*innen in Betracht kommt. Auch mit dieser Maßnahme kann gemäß der Richtlinie noch im Herbst 2017 begonnen werden.

6. Welche weiteren sozialpolitischen Maßnahmen, wie z.B. der Einsatz von Streetworker*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Angebote zum Kennenlernen und Verbesserung der Kommunikation zwischen deutschen und rumänischen Anwohner*innen sind perspektivisch seitens der Verwaltung geplant?

Begrüßt wird der bei der Sitzung der GWA Neue Neustadt am 31.08.2017 gemeinsam geäußerte Vorschlag, einen runden Tisch mit den wichtigsten Akteuren vor Ort als Gesprächsplattform und die Möglichkeit zum Dialog zwischen zum Gespräch bereiten rumänischen und deutschen Anwohnern einzurichten. In Abhängigkeit der grundlegenden Integrationsbereitschaft der betroffen rumänischen Familien, die u.a. darin besteht, die Regeln des friedlichen Zusammenlebens vor Ort zur Kenntnis zu nehmen und zu respektieren sowie den Dialog mit Institutionen und Eirichtungen des Gemeinwesens zu pflegen, können die in der Diskussion befindlichen zentralen Handlungsansätze zur Konfliktlösung beitragen.

Perspektivisch und auf der Grundlage gemeinsamer Abstimmung aller Beteiligten könnten kulturspezifische Maßnahmen initiiert werden, wie eine Selbstorganisation oder eine interkulturelle Freundschaftsinitiative von Deutschen und Rumänen und/oder aber auch der Einsatz von Kulturmittlern aus Migrantenorganisationen.
Beim Jugendamt gibt es für den gesamten Einzugsbereich Nord einen Streetworker. Im Stadtgebiet der Neuen Neustadt, um den Moritzhof und angrenzende Straßen, halten sich vorrangig Familien (Mütter mit kleinen Kindern) auf. Jugendliche Gruppen mit rumänischen Migrationshintergrund sind nur im geringen Maße vorhanden und der Kontaktaufbau zu dieser Zielgruppe ist äußerst schwierig (Sprachbarrieren/kein ständiger Treffpunkt der Gruppe). Um gezielter auf die aktuelle Zielgruppe zugehen zu können, wäre in Streetworker/ Sozialarbeiter, welcher auch für die Zielgruppen außerhalb § 13 SGB VIII zuständig ist, sinnvoll. Weiterhin sollte dieser über rumänische Sprachkenntnisse verfügen. Eine gezielte Zusammenarbeit mit dem Streetworker des Jugendamtes kann dann ein wirksames Handeln ermöglichen. Da jedoch die Wahrscheinlichkeit gering ist, einen solchen Sozialarbeiter zu finden, sollte auf Qualifikationsanforderungen verzichtet werden und die soziale und personale Kompetenz eines Bürgers mit rumänischen Wurzeln und/oder interkulturellen Hintergrund im Vordergrund stehen. Dieser sollte Kontakte zu den Zielgruppen aufbauen können und im Team mit einem Streetworker zum Einsatz kommen. Weiterhin wurden im Juli 2017 auf dem Gelände des SG Handwerk ein Bolzplatz sowie ein Unterstand hergerichtet. Dieser wird inzwischen von Kindern aus dem Wohngebiet (rumänischer und deutscher Herkunft) angenommen. In den Abendstunden wurden dort vorwiegend Asylbewerber aus Afrika angetroffen, die den Platz zum Fußball spielen nutzen.
Eine Kontaktaufnahme durch den Streetworker fand noch nicht statt, wird aber bei ständiger Nutzung des Angebotes angestrebt.

7. Gibt es seitens der Stadt Kontakte zu Städten, wie z.B. Berlin die im Umgang mit ähnlichen sozialen Brennpunkten bereits gute Erfahrungen gemacht haben und Magdeburg das „Rad damit nicht neu erfinden“ müsste? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden daraus abgeleitet?

Aufgrund der Schilderungen des Stadtteilmanagements bzw. des Willkommensbündnisses Neustadt hat das Dezernat V im April dieses Jahres begonnen, nach Lösungsansätzen zu suchen. Ein erster Schritt war ein Gespräch mit der Integrationsbeauftragten der Stadt Halle, die seit 2014 in bestimmten Stadtteilen mit einer ähnlichen Situation konfrontiert ist und schnell Lösungen entwickeln musste. Dortige sozialpolitische Ansätze waren und sind u.a. ein Projekt zur Beratung und Begleitung von EU-Neuzugewanderten, das Aufzeigen klarer Regeln für die Zielgruppe, das Organisieren einer Gruppe von Brückenbauern auf deutscher und rumänischer Seite sowie Elternarbeit. Die Diskussion über die Übertragbarkeit geeigneter Maßnahmen wurde im Rahmen des o.g. Erfahrungsaustauschs zwischen den SPI Projekten in Magdeburg und Halle fortgesetzt und vertieft. Speziell für den Bereich der Jugendhilfe wurden durch das Jugendamt bisher noch keine Kontakte zu anderen Städten aufgebaut. Aus den Medien ist bekannt, dass in Berlin Streetworker in den Brennpunkten (Wedding, Neu Köln, Kreuzberg usw.) bereits zu dritt unterwegs sind und eine Person über entsprechende Sprachkenntnisse (arabisch o.ä.) verfügt. Hierbei wurden mit dieser Methode gute Erfahrungen gesammelt. Ein Informationsaustausch mit „Gangway“ wird angestrebt.
Weiterhin gibt es ein Projekt in der Harzer Straße in Berlin, in welchem Möglichkeiten für ein funktionierendes Zusammenleben zwischen Rumänen und Deutschen geschaffen wurden.

Dr. Trümper